



Konjunktur und Arbeitsmarkt

Aiwanger: "Mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Deutschland und erneuter Rekordbeschäftigung trotz Bayern der wirtschaftsfeindlichen Bundespolitik"

01. Februar 2024

MÜNCHEN Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosenquote in Bayern im Januar 2024 saisonbedingt um 0,5 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent gestiegen. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zieht einen Vergleich: "Der bayerische Arbeitsmarkt steht deutschlandweit am besten da. Die Arbeitslosenquote liegt nicht nur deutlich unter dem Bundesschnitt, sondern auch klar unter der Arbeitslosenquote aller anderen Bundesländer. Gleichzeitig haben wir eine neue Rekordbeschäftigung. 2023 waren über 7,88 Millionen Menschen im Freistaat erwerbstätig – so viel wie noch nie und noch einmal 74.000 mehr als im Jahr 2022." Bayern hat auch im Januar eine deutlich geringere Arbeitslosenquote als vergleichbare wirtschaftsstärkere Bundesländer wie Baden-Württemberg (4,2 Prozent) und Rheinland-Pfalz (5,4 Prozent). Der Bundesdurchschnitt liegt bei 6,1 Prozent.

"Mit einem stabilen Arbeitsmarkt trotz Bayern der wirtschaftsfeindlichen Bundespolitik. Aber selbst das wirtschaftsstärkste Bundesland leidet unter der Ampel-Regierung. Der Bund muss endlich wachstumsfördernde Standortpolitik betreiben. Angesichts des demografischen Wandels brauchen wir arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen für die Zukunft unserer Wirtschaft. Der Fachkräftemangel wird von Jahr zu Jahr gravierender. Wir müssen den Wert von Arbeit steigern und klare Arbeitsanreize setzen. Mehr netto vom Brutto ist wichtig für ein Anziehen der Binnenkonjunktur. Dazu müssen viele Normen entrümpelt werden. Arbeit muss sich wieder besser lohnen", so der Minister mit Verweis auf Studien von ZEW und Ifo zu falschen Anreizen im Sozialsystem, die dem Bundesarbeitsminister vorliegen.

In den bayerischen Regierungsbezirken lagen die Arbeitslosenquoten zwischen 3,4

Prozent in Schwaben sowie 4,4 Prozent in Mittelfranken.

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 25/24